

Wirtschafts- und Innovationsförderung Salzgitter GmbH

Lichtfest in der Innenstadt von Salzgitter-Lebenstedt 2026

Vergabeunterlage – Aufforderung zur Angebotsabgabe

Auftraggeber: Wirtschafts- und Innovationsförderung Salzgitter GmbH
Windmühlenbergstraße 20
38259 Salzgitter

Bekanntmachungs-ID: 477-26 (CXP4Y6JMZPA)

Vergabeart: Öffentliche Ausschreibung (UVgO)

Ablauf der Abgabefrist: **02.07.2026** Eingang: 10:00 Uhr

Abgabeort: Für dieses Verfahren ist **ausschließlich eine elektronische Abgabe** zugelassen.
Bitte nutzen Sie hierzu ausschließlich das
Deutsche Vergabeportal (<https://www.dtv.de/Center>)

Inhaltsverzeichnis

I.	Projekt	3
II.	Gegenstand des Auftrags	3
III.	Hauptangebote	4
IV.	Nebenangebote / Änderungsvorschläge	4
V.	Hinweise zum elektronischen Vergabeportal	4
VI.	Vergabeverfahrensart	4
VII.	Ablauf des Vergabeverfahrens.....	5
VIII.	Unterlagen	5
IX.	Vorläufiger Zeitplan des Vergabeverfahrens	6
X.	Kosten/Aufwandsentschädigung.....	7
XI.	Abgabe des Angebots	7
XII.	Eignungsanforderungen / Mindestanforderungen	8
XIII.	Inhalt des Angebots	11
XIV.	Ausführungsbedingungen	12
XV.	Form des Angebots	13
XVI.	Vergabekriterien	13
XVII.	Präsentation	17
XVIII.	Fragen	18
XIX.	Zuschlags- und Bindefrist	18
XX.	Besondere Bewerbungsbedingungen	18

I. Projekt

Im November 2026 plant der Auftraggeber ein zweitägiges Lichtfest zur Belebung der Innenstadt von Salzgitter-Lebenstedt (Veranstaltung). Mit passender Dekoration, stimmungsvollen Lichtinstallationen, Projektionen und interaktiven Elementen soll sich die Innenstadt in eine lebendige Dschungelwelt verwandeln. Ein abwechslungsreiches Rahmenprogramm soll das Erlebnis für Besucherinnen und Besucher abrunden.

Zielsetzungen der Veranstaltung sind:

- Aufwertung des Zentrums Salzgitter-Lebenstedt
- Belebung und Schaffung eines neuen Anreizes zum Besuch der Innenstadt
- Steigerung der Aufenthaltsqualität und Verlängerung der Verweildauer
- Öffentlichkeitswirksamkeit: positive Presse und Aufmerksamkeit in den sozialen Netzwerken

Der Auftraggeber hat die Konzeption und Durchführung der Veranstaltung als ganzheitliches Veranstaltungskonzept ausgeschrieben. Der Auftragnehmer hat im Rahmen der Ausschreibung den Zuschlag für die Übernahme der Veranstalterrolle erhalten.

II. Gegenstand des Auftrags

Gegenstand des Auftrags ist die Konzeption, Planung, Durchführung und Nachbereitung einer Veranstaltung unter dem Namen „**Light the Night**“. Der Auftragnehmer übernimmt für die Veranstaltung die Veranstalterrolle im rechtlichen Sinne.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, ein ganzheitliches Veranstaltungskonzept zu entwickeln und umzusetzen, das alle in der Leistungsbeschreibung genannten Aspekte und das Sicherheitskonzept berücksichtigt.

Die Veranstaltung findet im Zeitraum vom 06.11.2026 bis 07.11.2026 statt.

Das für die Durchführung der Veranstaltung zur Verfügung stehende Gesamtbudget beträgt **maximal 110.000,00 EUR (brutto)** und stellt eine verbindliche Budgetobergrenze dar. Angebote, die diese Obergrenze überschreiten, können nicht berücksichtigt werden.

III. Hauptangebote

Die Abgabe mehrerer Hauptangebote ist nicht zugelassen.

IV. Nebenangebote / Änderungsvorschläge

Nebenangebote (Angebote, die von der vorgesehenen Leistungsausführung abweichen) sind in diesem Vergabeverfahren nicht zugelassen. Änderungsvorschläge sind nicht zugelassen.

V. Hinweise zum elektronischen Vergabeportal

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Kommunikation in diesem Vergabeverfahren über das elektronische Vergabeportal „**Deutsches Vergabeportal**“ (<https://www.dtv.de/Center>) erfolgt.

Für die bloße Einsicht in das Verfahren ist eine Registrierung nicht notwendig, jedoch wird es angeraten sich kostenfrei zu registrieren und sich zu dem Verfahren freizuschalten. Nur durch eine Freischaltung zu dem Verfahren werden Sie auf sämtliche Verfahrensinformationen bzw. auf Änderungen an den Vergabeunterlagen oder neu eingestellte Verfahrensinformationen hingewiesen. Für die Abgabe eines Angebots in elektronischer Form muss jedoch eine Registrierung und Freischaltung erfolgen.

Des Weiteren bitten wir darum, von einer Löschung Ihrer Freischaltung zu dem Verfahren abzusehen, bis Sie dazu aufgefordert werden bzw. Sie eine Absage zu dem weiteren Verfahren erhalten, da das gesamte Vergabeverfahren über das elektronische Vergabeportal fortgeführt werden soll.

VI. Vergabeverfahrensart

Die Vergabe der ausgeschriebenen Leistungen erfolgt im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung § 8 Abs. 2 UVgO i.V.m. § 9 UVgO.

VII. Ablauf des Vergabeverfahrens

Bei einer **Öffentlichen Ausschreibung** fordert der Auftraggeber eine unbeschränkte Anzahl von Unternehmen öffentlich zur Abgabe von Angeboten auf. Jedes interessierte Unternehmen kann ein Angebot abgeben, § 9 Abs. 1 UVgO.

Der Auftraggeber darf von den Bietern nur Aufklärung über ihre Eignung, das Vorliegen von Ausschlussgründen oder über das Angebot verlangen. Verhandlungen, insbesondere über Änderungen der Angebote oder Preise, sind unzulässig.

Die öffentliche Ausschreibung beginnt mit dem Versand der Vergabeunterlagen und endet mit der Zuschlagserteilung/dem Vertragsschluss.

Die Bieter, die form- und fristgerecht ein wertbares Angebot abgegeben haben, werden im vorliegenden Verfahren zudem aufgefordert, sich und ihr Angebot vor dem Auftraggeber im Rahmen einer Präsentation vorzustellen. Der Auftraggeber behält sich vor, die Präsentationen als Videokonferenz durchzuführen, nur den Bestbietenden zur Präsentation einzuladen oder vollständig auf die Durchführung von Präsentationen zu verzichten und auf Grundlage der eingereichten Angebote eine Vergabeentscheidung zu treffen.

Auf der Grundlage der eingereichten Angebote wird eine Rangfolge der Bieter nach Maßgabe der Vergabekriterien unter XVI dieser Vergabeunterlagen gebildet.

Der Auftraggeber wird dem Bieter, dessen Angebot nach den Vergabekriterien als wirtschaftlichstes ermittelt wurde, den Zuschlag erteilen.

VIII. Unterlagen

Zur Erstellung des Angebots werden – mit dieser Aufforderung zur Angebotsabgabe – die nachfolgenden Unterlagen zur Verfügung gestellt:

1. **Anlage A** - Angebotsschreiben mit

- **Anlage A1** – Bietergemeinschaftserklärung*
- **Anlage A2a** – Verpflichtungserklärung zur Eignungsleihe*
- **Anlage A2b** – Verpflichtungserklärung des Nachunternehmers*
- **Anlage A3** – Erklärung zur Zuverlässigkeit*
- **Anlage A4** – Erklärungen zur Leistungsfähigkeit*

- **Anlage A5** – Erklärung zur Haftpflichtversicherung*
- **Anlage A6** – Tariftreueerklärung nach dem NTVergG*
- **Anlage A7** – Referenzdatenblatt
- **Anlage A8** – Vorlage Bieterfragen

* jeweils als ausfüllbares Word-Dokument

2. **Musterregelungen** zur Tariftreue nach dem NTVergG – Dienstleistungsaufträge

3. **Vertragsunterlagen**

- **Veranstaltungsvertrag - Lichtfest in der Innenstadt von Salzgitter-Lebenstedt 2026** (als PDF-Dokument)
- **Anlage 1** – Leistungsbeschreibung (als PDF-Dokument)
- **Anlage 2** – Merkblatt Sicherheitskonzept (als PDF-Dokument)
- **Anlage 3** – Infosheet Holzhütten 'Handel'_Fa. QuickUp (als PDF-Dokument)
- **Anlage 4** – Preisblatt (als ausfüllbares Word-Dokument)

IX. Vorläufiger Zeitplan des Vergabeverfahrens

08.06.2026	Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe
02.07.2026	Ablauf der Frist für die Abgabe der Angebote
31. KW 2026	ggfls.Präsentationen
33. KW 2026	Versendung der Bieterinformation gemäß § 16 NTVergG
34. KW 2026	Zuschlagserteilung / Vertragsunterzeichnung
Hinweis: Der Zeitplan ist mit Ausnahme des Termins für die Absendung der Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes sowie der Frist für die Abgabe der Angebote unverbindlich.	

X. Kosten/Aufwandsentschädigung

Für die Teilnahme an dem Verfahren und die Bearbeitung des Angebots wird keine Aufwandsentschädigung gezahlt. Insbesondere erwächst aus der Ausarbeitung kein Ersatzanspruch des Bieters.

XI. Abgabe des Angebots

Das **vollständige** Angebot

ist inklusive aller Anlagen über das elektronische Vergabeportal zu übermitteln.

-
- | | |
|------------------|------------------------------|
| 1. Abgabetermin: | 02.07.2026, 10:00 Uhr |
|------------------|------------------------------|
-
- | | |
|------------|--|
| 2. Abgabe: | Für dieses Verfahren ist <u>ausschließlich eine elektronische Abgabe</u> zugelassen.

Bitte nutzen Sie hierzu ausschließlich das Deutsche Vergabeportal (http://www.dtyp.de/Center) |
|------------|--|
-

Das Angebot inklusive aller Anlagen ist über das elektronische Vergabeportal abzugeben. Maßgeblich für die Auswertung sind die eingereichten Unterlagen. Bei der elektronischen Abgabe genügt die einfache Textform nach § 126b BGB.

Eine Abgabe mittels E-Mail, Fax oder postalisch ist nicht zulässig.

Bitte reichen Sie Ihr Angebot ausschließlich über das dafür beim elektronischen Vergabeportal vorgesehene native Bietertool oder über die webbasierte Abgabemöglichkeit, und nicht als Nachricht über das Kommunikationstool ein. Andernfalls kann es unmittelbar zum Ausschluss kommen!

Bitte setzen Sie sich frühzeitig mit den technischen Gegebenheiten und Anforderungen des Systems auseinander, da gegebenenfalls zunächst Updates oder Downloads erforderlich sein können.

Bei technischen Problemen wenden Sie sich bitte unmittelbar an den Support des Vergabeportals: <https://support.cosinex.de/unternehmen/> oder in dringenden Fällen:

Service-Telefonnummer: 0900-3-243837 (1,49 € pro Minute aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunkkosten können abweichen)

Die Servicezeiten der Hotline sind Montag bis Freitag jeweils von 07.00 bis 17.00 Uhr.

XII. Eignungsanforderungen / Mindestanforderungen

Mit dem Angebot sind zur Prüfung der Eignung des Bieters nachfolgende Erklärungen und Nachweise beizubringen.

1. Persönliche Lage des Bieters

- 1.1 Angabe des Bieters (Einzelbieter) mit Namen, Anschrift, Ansprechpartner mit Telefon-/Faxnummer und E-Mail-Adresse.
- 1.2 Im Falle der Angebotsabgabe als Bietergemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft, Angabe sämtlicher Mitglieder der Bietergemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft mit Namen, Anschrift, Ansprechpartner mit Telefon-/Faxnummer und E-Mail-Adresse.
- 1.3 Im Falle der Angebotsabgabe als Bietergemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft ist mit dem Angebot eine von sämtlichen Mitgliedern unterzeichnete Bietergemeinschaftserklärung vorzulegen,
 - a) in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt wird,
 - b) in der alle Mitglieder aufgeführt sind und in der die*der für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter*in bezeichnet ist,
 - c) dass die*der bevollmächtigte Vertreter*in die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
 - d) dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.
- 1.4 Im Falle der Einbindung von Nachunternehmern ist eine Erklärung zum vorgesehenen Nachunternehmereinsatz und zu Art und Umfang der Teilleistungen vorzulegen.

- 1.5 Im Falle einer Eignungsleihe ist eine Verpflichtungserklärung der Unternehmen, deren Kapazitäten für den Nachweis der Eignung in Anspruch genommen werden, vorzulegen, in der das Unternehmen erklärt, dem Bieter im Auftragsfall die erforderlichen Mittel bzw. Leistungen zur Verfügung zu stellen.
- 1.6 Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 31 Abs. 1 UVgO i.V.m. § 123 GWB.
- 1.7 Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 31 Abs. 1 UVgO i.V.m. § 124 GWB.
- 1.8 Erklärung über eine Selbstreinigung gemäß § 31 Abs. 2 UVgO i.V.m. § 125 GWB.
- 1.9 Der Bieter oder im Falle einer Angebotsabgabe als Bietergemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft die*der bevollmächtigte Vertreter*in hat mit der Abgabe des Angebots zu erklären,
- dass ihr*ihm bewusst ist, dass eine wissentlich falsche Erklärung im Angebot einschließlich aller Anlagen den Ausschluss von diesem und weiteren Vergabeverfahren zur Folge haben kann;
 - dass sie*er sich damit einverstanden erklärt, dass durch den Auftraggeber zur Überprüfung der Angaben unter Wahrung der Vertraulichkeit gegebenenfalls weitere/ergänzende Angaben/Unterlagen angefordert werden können;
 - dass sie*er bestätigt, dass sie*er die Unterlagen zum Vergabeverfahren einer vollständigen Überprüfung unterzogen hat und das Vorhaben sowie die für das Verfahren geltenden Bedingungen mit der für das Angebot erforderlichen Genauigkeit beurteilen kann und sich mit den aufgestellten Verfahrensregeln ausdrücklich einverstanden erklärt.

Hinweis: Es sind formlose Eigenerklärungen ausreichend. Die Auftragserteilung kann von der Vorlage weiterer Nachweise abhängig gemacht werden. In den beigefügten Vordrucken sind die entsprechenden Erklärungen enthalten. Bei Bietergemeinschaften / Arbeitsgemeinschaften sind die entsprechenden Erklärungen durch jedes Mitglied der Bietergemeinschaft beizubringen.

2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Mit dem Angebot sind zur Prüfung der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit des Bieters folgende Erklärungen/Unterlagen beizufügen:

2.1 Erklärung über das Bestehen einer Haftpflichtversicherung oder Abschluss einer entsprechenden Haftpflichtversicherung im Auftragsfall mit mindestens folgenden Deckungssummen:

- 3 Mio. € je Versicherungsfall für Personenschäden,
- 5 Mio. € je Versicherungsfall für Sach-/Vermögensschaden

Die Versicherungen müssen Mehrfachschäden aus einem einheitlichen Schadensereignis abdecken. Die Deckungssummen müssen mindestens zweifach je Versicherungsjahr zur Verfügung stehen.

Bei einer Bietergemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft muss der Versicherungsschutz für alle Mitglieder in voller Höhe bestehen.

Hinweis: Es sind zunächst formlose Eigenerklärungen ausreichend. In den beigefügten Vordrucken sind die entsprechenden Erklärungen enthalten. Bei Bietergemeinschaften / Arbeitsgemeinschaften sind die entsprechenden Erklärungen durch jedes Mitglied der Bietergemeinschaft beizubringen.

2.2 Erklärung über den Gesamtumsatz des Bieters in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (2023, 2024, 2025).

Hinweis: Bei Bietergemeinschaften/Arbeitsgemeinschaften ist der Gesamtumsatz für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft einzeln und für die Bietergemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft insgesamt darzustellen.

3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Mit dem Angebot sind zur Prüfung der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit des Bieters folgende Erklärungen/Unterlagen beizufügen:

3.1 Erklärung zur deutschen Sprache in Wort und Schrift (durch Abgabe des Angebots)

3.2 Erfahrungsnachweis des Bieters in Form der Benennung von Referenzprojekten innerhalb der letzten 5 Jahre (ab 01.06.2021), welche im Hinblick auf die Anforderungen an das vorliegende Projekt vergleichbar sind.

Es sind mindestens 2 Referenzprojekte zu benennen, um die Mindestanforderungen zu erfüllen.

Vergleichbar sind Referenzprojekte, bei denen der Bieter als Veranstalter für die Konzeption, Planung und Durchführung einer Veranstaltung verantwortlich war:

- a. die Lichtinstallationen, Lichtkunst, Illuminationen oder Projektionen als relevanten Bestandteil des Veranstaltungskonzepts umfasste (**UND** kumulativ)
- b. deren Auftragswert mindestens 50.000 EUR netto betrug.

Im Rahmen der Benennung der Referenzprojekte sind darüber hinaus folgende Angaben notwendig:

- Auftraggeber (Anschrift, Ansprechpartner, Telefonnummer, E-Mail)
- Kurze Beschreibung der Leistung / des Projekts
- Konkret erbrachter Leistungsgegenstand / Anteil an der Gesamtleistung
- Auftragswert in EUR (netto)
- Leistungszeitraum (Beauftragung / Beginn / Abschluss / ggf. Abnahme)
- Referenzschreiben des Auftraggebers mit Angaben zur Einhaltung der Qualitäts-, Zeit- und Kostenvorstellungen des Auftraggebers (nicht zwingend)

XIII. Inhalt des Angebots

Das Angebot muss enthalten:

1. **Anlage A – Das **ausgefüllte und unterschriebene** Angebotsschreiben nebst **ausgefüllte und unterschriebene****
 - **Anlage A1** – Bietergemeinschaftserklärung (soweit erforderlich)
 - **Anlage A2a** – Verpflichtungserklärung zur Eignungsleihe (soweit erforderlich)
 - **Anlage A2b** – Verpflichtungserklärung des Nachunternehmers (soweit erforderlich)

- **Anlage A3** – Erklärung zur Zuverlässigkeit (bei Bietergemeinschaften und/oder bei Nachunternehmern ist diese Erklärung für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft bzw. jeden Nachunternehmer abzugeben)
 - **Anlage A4** – Erklärungen zur Leistungsfähigkeit
 - **Anlage A5** – Erklärung zur Haftpflichtversicherung
 - **Anlage A6** – Tariftreueerklärung nach dem NTVergG
 - **Anlage A7** – Referenzdatenblatt (ggf. mehrfach)
2. **Vertragsunterlagen**
- **ausgefüllte Anlage 4** – Preisblatt (als ausgefülltes Word-Dokument)
3. **Eigene Angebotsunterlagen** (auf Basis der Vergabe-/Vertragsunterlagen)
- **Veranstaltungskonzept**
 - **Sicherheitskonzept**
 - **Aufschlüsselung Preispositionen**

Mit der Abgabe des Angebots erkennt der Bieter an, dass auch die nachfolgend genannten übrigen Unterlagen, für den Fall der Auftragserteilung, Vertragsbestandteil werden:

- **Veranstaltungsvertrag - Lichtfest in der Innenstadt von Salzgitter-Lebenstedt 2026**
- **Anlage 1** – Leistungsbeschreibung
- **Anlage 2** – Merkblatt Sicherheitskonzept
- **Anlage 3** – Infosheet Holzhütten 'Handel'_Fa. QuickUp

XIV. Ausführungsbedingungen

Tariftreueerklärung NTVergG

Mit dem Angebot ist die in Anlage enthaltene Vereinbarung zur Einhaltung der tarifvertraglichen und öffentlich-rechtlichen Bestimmungen gemäß dem Niedersächsischen Tariftreue- und Vergabegesetz (NTVergG) unterzeichnet abzugeben.

Hinweis: Bei Bietergemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft sind die Erklärungen für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft sowie bei Einbindung von Nachunternehmern durch jeden Nachunternehmer vorzulegen. Hierzu ist die Anlage „Tariftreueerklärung gemäß NTVergG“ zu verwenden.

XV. Form des Angebots

Das Angebot ist durch den Bieter inklusive aller Anlagen über das elektronische Vergabeportal abzugeben. Maßgeblich für die Auswertung ist das hierüber vorgelegte Angebot.

Hinweis zur Einreichung der Unterlagen: Bitte beachten Sie bei der Zusammenstellung Ihrer Unterlagen die Einhaltung ggf. vorgegebener Dateiformate. Diese sind – soweit vorhanden – in Klammern hinter dem jeweiligen Dokument angegeben (z. B. „als ausgefülltes Excel-Dokument“).

Dateiformatvorgaben:

- **Falls kein konkretes Format angegeben ist**, sind die Dokumente **mindestens als maschinenlesbares PDF-Dokument** einzureichen.
- Achten Sie darauf, dass auch **eingescannt vorliegende Textdokumente** vor der Abgabe mittels **optischer Zeichenerkennung (OCR)** in ein **maschinenlesbares Format** konvertiert werden.

Abweichende Formate:

- Falls Sie von den angegebenen Formaten abweichen möchten, stellen Sie bitte rechtzeitig **eine Bieterfrage**, um abzuklären, ob das gewünschte Format vom Auftraggeber **problemlos gelesen** werden kann.

Ausschlussrisiko:

- Der Auftraggeber weist ausdrücklich darauf hin, dass **Angebote, die die vorgegebenen Dateiformate nicht einhalten**, vom Vergabeverfahren **ausgeschlossen** werden können.

In solchen Fällen gelten die Unterlagen als **nicht formgerecht eingereicht**.

XVI. Vergabekriterien

1. Veranstaltungskonzept

Bei der Erstellung der Angebote ist die Umsetzungsidee in Form eines Veranstaltungskonzepts darzustellen.

Das Veranstaltungskonzept hat mindestens eine Beschreibung der vorgesehenen Licht- und Dekorationselemente, Visualisierungen bzw. Referenzbilder, einen schematischen Lageplan der vorgesehenen Veranstaltungsflächen und Installationen sowie einen groben Zeitplan für

den Auf- und Abbau zu enthalten. Darüber hinaus soll der Anbieter einen Vorschlag für ein Rahmenprogramm während des Veranstaltungszeitraums einreichen, das er im Rahmen des zur Verfügung stehenden Budgets realisieren könnte.

Gemäß den beschriebenen Rahmenbedingungen sind durch den Auftragnehmer kreative Vorschläge zu erbringen, wie das geplante Lichtfest umgesetzt werden könnte. Beigefügte Bilder sind lediglich als Inspiration zu verstehen. Weitere Ideen und Vorschläge, die zum Veranstaltungsthema passen, sind ausdrücklich erwünscht. Hierbei sind die örtlichen Gegebenheiten und Rahmenbedingungen zu berücksichtigen.

2. Sicherheitskonzept

Zusätzlich ist vom Bieter ein vorläufiges Sicherheitskonzept für die Veranstaltung beizufügen. Das Sicherheitskonzept hat insbesondere die Anforderungen der **Anlage 2 – Merkblatt Sicherheitskonzept** zu berücksichtigen. Zudem ist darzulegen, wie die Personalakquise erfolgt und der Personaleinsatz auch unter Berücksichtigung von Vertretungsregeln eingehalten wird. Das Sicherheitskonzept wird daran gemessen, ob es die Vorgaben der **Anlage 2 – Merkblatt Sicherheitskonzept** und die darüber hinausgehenden rechtlichen Anforderungen berücksichtigt. Eine darüber hinausgehende Bewertung findet nicht statt. Ein lückenhaftes Sicherheitskonzept kann zum Ausschluss des Angebotes führen.

3. Bewertungsformel Preis

Die Bewertung des Zuschlagskriteriums „Preis“ erfolgt nach folgender Formel:

$\text{Punktzahl} = \left(\frac{\text{Bester Angebotspreis}}{\text{Angebotspreis Bieter}} \right) \times 10$

Der niedrigste Angebotspreis erhält 10 Punkte. Die Punktzahl der übrigen Angebote wird entsprechend der obenstehenden Formel berechnet. Die so ermittelte Punktzahl wird anschließend mit der für das Zuschlagskriterium festgelegten Gewichtung multipliziert.

4. Bewertungssystem Zuschlagskriterien

Die qualitativen Zuschlagskriterien werden anhand einer Punktbewertung auf einer Skala von **0 bis 10 Punkten** bewertet.

Die Bewertung erfolgt anhand der nachstehenden Bewertungsstufen. Innerhalb eines Wertebereichs erfolgt die konkrete Punktvergabe nach dem Grad der Zielerfüllung.

Wertungsbereich	Beschreibung	Punktebereich
1	Das Konzept erfüllt die Anforderungen vollständig und in besonders überzeugender Weise. Die Darstellung ist strukturiert, nachvollziehbar und lässt eine besonders hohe Qualität der Veranstaltungsdurchführung erwarten. Das Konzept enthält zu allen wesentlichen Aspekten geeignete und kreative Ansätze und berücksichtigt die örtlichen Rahmenbedingungen umfassend.	10
2	Das Konzept erfüllt die Anforderungen weitgehend. Die Darstellung ist nachvollziehbar und lässt eine gute Qualität der Durchführung erwarten. Wesentliche Aspekte der Leistungsbeschreibung werden berücksichtigt.	7-9
3	Das Konzept greift die Anforderungen auf, weist jedoch in einzelnen Punkten Lücken oder geringere Qualität auf. Die Umsetzbarkeit erscheint grundsätzlich gegeben.	4-6
4	Das Konzept weist deutliche Defizite auf. Wesentliche Anforderungen werden nur teilweise berücksichtigt oder unzureichend dargestellt.	1-3
5	Das Konzept erfüllt die Anforderungen nicht oder ist nicht geeignet, die Veranstaltung entsprechend der Leistungsbeschreibung umzusetzen.	0

10 Punkte erhält ein Angebot, wenn es die Anforderungen der Leistungsbeschreibung in besonderem Maße erfüllt und ein besonders überzeugendes, schlüssiges und realistisch umsetzbares Gesamtkonzept erwarten lässt. Innerhalb eines Wertebereichs erfolgt die konkrete Punktvergabe nach dem Grad der Zielerfüllung.

5. Gewichtung und Bewertung der Auswahlkriterien

Kriterium	Prozentuale Gewichtung
Stimmigkeit und Kreativität des Veranstaltungskonzepts (Die Bewertung erfolgt durch das Bewertungsgremium auf einer Skala von 0 bis 10 Punkten anhand der vorstehenden Bewertungsstufen.) Bei der Bewertung wird insbesondere berücksichtigt:	40 %

<ul style="list-style-type: none"> • gestalterische Qualität der Veranstaltungsfläche, • Qualität und Kreativität der Licht- und Dekorationsgestaltung, • thematische Umsetzung des Dschungel-Themas (z.B. Lichtinstallationen, Naturelemente, Atmosphäre), • Einbindung von Lichtinstallationen, Dekoration und interaktiven Elementen, • Nachvollziehbarkeit und Plausibilität der Visualisierungen • Stimmiges und kreatives Rahmenprogramm unter Berücksichtigung der Anforderungen, • Schlüssigkeit der Flächenplanung gemäß Lageplan, • Plausibilität des Auf- und Abbaukonzepts, • Umsetzbarkeit innerhalb des vorgegebenen Budgets. <p>10 Punkte erhält ein Angebot, wenn das Veranstaltungskonzept:</p> <ul style="list-style-type: none"> • ein besonders schlüssiges, gestalterisch überzeugendes Gesamtkonzept darstellt, • die Anforderungen der Leistungsbeschreibung vollständig und qualitativ hochwertig umsetzt und • eine besonders eindrucksvolle, immersive und realistisch umsetzbare Inszenierung der Innenstadt erwarten lässt. 	
<p>Räumliche Inszenierung und Gestaltungsdichte (Die Bewertung erfolgt durch das Bewertungsgremium auf einer Skala von 0 bis 10 Punkten anhand der vorstehenden Bewertungsstufen.)</p> <p>Bewertet werden insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Berücksichtigung der örtlichen Rahmenbedingungen und innerstädtischen Gegebenheiten, • gleichmäßige und durchgängige Bespielung der Veranstaltungsfläche, • Verteilung und Dichte der Licht- und Gestaltungselemente, • Vermeidung gestalterischer Leerstellen, • Räumliche Verbindung einzelner Veranstaltungsbereiche durch (wiederkehrende) Gestaltungselemente. <p>10 Punkte erhält ein Angebot, wenn:</p> <ul style="list-style-type: none"> • eine besonders hohe und durchgängige gestalterische Dichte im gesamten Veranstaltungsbereich erreicht wird, • die Innenstadt flächig und ohne größere gestalterische Leerstellen bespielt wird, • die vorgeschlagenen Gestaltungselemente eine starke visuelle Gesamtwirkung erzeugen, 	<p>25 %</p>

<ul style="list-style-type: none"> • die räumliche Struktur der Innenstadt überzeugend in die Inszenierung einbezogen wird, • die Mindestanforderungen der Leistungsbeschreibung deutlich übertroffen werden und • die einzelnen Veranstaltungsbereiche erkennbar miteinander verbunden werden. 	
Nachhaltigkeit Bewertet werden insbesondere: <ul style="list-style-type: none"> • Maßnahmen zur Müllvermeidung und Ressourcenschonung, • Nachhaltiger Materialeinsatz bei Dekoration, Lichtinstallationen und Aufbauten, • Energieeffiziente Umsetzung (z. B. LED-Technik), • organisatorische Maßnahmen zur Sauberkeit der Veranstaltungsfläche, • Maßnahmen zur Barrierefreiheit der Veranstaltung. 10 Punkte erhält ein Angebot , wenn ein besonders überzeugendes und über die Mindestanforderungen hinausgehendes Nachhaltigkeitskonzept vorgelegt wird.	5 %
Preis	30 %

Den Zuschlag erhält das Angebot mit der höchsten Gesamtpunktzahl.

XVII. Präsentation

Nach Prüfung der schriftlichen Angebote wird den Bietern im Rahmen von Präsentationen die Möglichkeit gegeben, ihr Unternehmen vorzustellen und ihr Angebot zu erläutern.

Der Auftraggeber behält sich vor, auf die Durchführung der Präsentationen zu verzichten und bereits auf der Grundlage der schriftlichen Angebote eine Vergabeentscheidung zu treffen bzw. die Anzahl der Bieter zu reduzieren. Als Termin für die Präsentationen ist die

31. KW 2026

vorgesehen. Das konkrete Datum, die Uhrzeit, der Raum und der Ablauf werden separat mitgeteilt.

XVIII. Fragen

Anfragen können unter:

<http://www.dtyp.de/Center>

gestellt werden.

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass die **Kommunikation über das elektronische Vergabeportal** erfolgt.

*Hinweis: Nutzen Sie bitte die **Anlage A8** – Vorlage Bieterfragen.*

XIX. Zuschlags- und Bindefrist

Die Zuschlags- und Bindefrist endet **3 Monate** nach Ablauf der Abgabefrist der Angebote

XX. Besondere Bewerbungsbedingungen

1. Auftraggeber

Wirtschafts- und Innovationsförderung Salzgitter GmbH
Windmühlenbergstraße 20
38259 Salzgitter
DE214523465

2. Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

- 2.1 Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bieters Unklarheiten, so hat der Bieter unverzüglich und noch vor Abgabe des Angebots darauf hinzuweisen.
- 2.2 Die Bieter werden aufgefordert, im Interesse einer schnellen Beseitigung von Unklarheiten, frühzeitig und im gesetzlich zulässigen Rahmen Ihre Fragen über das elektronische Vergabeportal (<http://www.dtyp.de/Center>) zu übermitteln.

3. Wettbewerbsbeschränkungen

- 3.1 Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.
- 3.2 Ebenfalls ausgeschlossen werden Bieter, die rechtskräftig wegen der Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung oder Bestechung und Betruges verurteilt worden sind.
- 3.3 Vor Ablauf der Angebotsfrist darf der Bieter keinerlei Mitteilungen über seine Beteiligung am Wettbewerb und über den Inhalt seines Angebotes machen, sofern diese Mitteilungen einer Erfassung der Wettbewerbsteilnehmer und der Angebote dienen.
- 3.4 Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art der Bieter wirtschaftlich und rechtlich mit anderen Unternehmen verbunden ist.

4. Angebote

- 4.1 Angebote einschließlich aller Anlagen sind in deutscher Sprache abzufassen.
- 4.2 Für die Abgabe eines Angebotes sind möglichst die vom Auftraggeber übersandten Vordrucke zu verwenden.
- 4.3 Angebote müssen die vom Bieter angegebenen Anlagen sowie die in den Vergabeunterlagen geforderten Erklärungen und Nachweise enthalten.
Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein.
- 4.4 Angebote können bis zum Ablauf der gesetzten Frist berichtigt, geändert oder zurückgenommen werden. Die Berichtigung, Änderungen oder Rücknahme müssen zweifelsfrei sein und der zur Abgabe vorgeschriebenen Form entsprechen. Nur die Rücknahme eines Angebots ist auch schriftlich oder in Textform zulässig.
- 4.5 Etwaige Allgemeine Geschäftsbedingungen, insbesondere Liefer-, Vertrags- und Zahlungsbedingungen des Bieters werden nicht Vertragsbestandteil.

5. Angaben/Eigenerklärungen

Soweit lediglich Angaben/Eigenerklärungen gefordert werden, behält sich der Auftraggeber das Recht vor, zur Behebung von Zweifeln entsprechende Bescheinigungen oder Nachweise nachzufordern. Kopien von Nachweisen werden anerkannt, sofern sie keinen Anlass zu Zweifeln an der Übereinstimmung mit dem Original geben. Eingereichte Nachweise müssen noch gültig und aktuell sein (bei Ablauf der Abgabefrist nicht älter als 12 Monate, soweit aus Inhalt und Zweck des Nachweises nichts anderes folgt, wie z. B. bei Prüfungszeugnissen). Ausländische Bieter haben gleichwertige Nachweise ihrer Herkunftsländer zu führen bzw. gleichwertige Erklärungen abzugeben. Bei fremdsprachlichen Bescheinigungen ist eine amtlich anerkannte Übersetzung in deutscher Sprache beizufügen.

6. Nachunternehmer (Unteraufträge, Eignungsleihe)

- 6.1 Beabsichtigt der Bieter, Teile der Leistung von anderen Unternehmen ausführen zu lassen (Unterauftragnehmer) oder sich bei der Erfüllung eines Auftrages im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit und/oder technische und berufliche Leistungsfähigkeit anderer Unternehmen zu bedienen (Eignungsleihe), so muss er die hierfür vorgesehenen Leistungen/Kapazitäten in seinem Angebot benennen.
- 6.2 Der Bieter hat nachzuweisen, dass ihm die erforderlichen Kapazitäten der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen und diese Unternehmen geeignet sind. Er hat die Namen, die gesetzlichen Vertreter sowie die Kontaktdaten dieser Unternehmen anzugeben und entsprechende Verpflichtungserklärungen dieser Unternehmen vorzulegen.
- 6.3 Nimmt der Bieter in Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit im Rahmen einer Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese neben dem Bieter entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe für die Auftragsausführung haften. Eine entsprechende Haftungserklärung ist auf Verlangen des Auftraggebers vorzulegen.
- 6.4 Nimmt der Bieter im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit, wie Ausbildungs- und Befähigungsnachweise oder die

einschlägige berufliche Erfahrung die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diejenigen Leistungen, für die diese Kapazitäten benötigt werden, von dem/den anderen Unternehmen erbracht werden und die anderen Unternehmen als Nachunternehmer benannt werden.

7. Bietergemeinschaften/Arbeitsgemeinschaften

Bietergemeinschaften/Arbeitsgemeinschaften sind zugelassen. Mit dem Ausdruck „Bieter“ sind in den Vergabeunterlagen daher auch Bietergemeinschaften/Arbeitsgemeinschaften gemeint. Jedes Mitglied der Bietergemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft hat die in den Vergabeunterlagen genannten Nachweise, Erklärungen und Angaben zu erbringen. Die Bietergemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine von allen Mitgliedern unterschriebene Erklärung abzugeben,

- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,
- in der alle Mitglieder aufgeführt sind und in der der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
- dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

8. Mehrfachbeteiligungen

- 8.1 Mehrfachbeteiligungen (einzeln und als Mitglied einer Bietergemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft) sind unzulässig. Vorgesehene Nachunternehmer dürfen nur dann als Mitglieder einer Bietergemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft auftreten oder für mehrere Bieter eingebunden werden (Mehrfachbeteiligungen), wenn der Geheimwettbewerb gewahrt ist, insbesondere keine Einflussnahmemöglichkeit auf die Angebote mehrerer Bieter besteht.
- 8.2 Sofern sich mehrere verbundene Konzernunternehmen (einzeln und als Mitglied einer Bietergemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft) am Verfahren beteiligen, so haben diese

ebenfalls den Nachweis zu erbringen, dass der Geheimwettbewerb zwischen den verbundenen Konzernunternehmen gewahrt ist, insbesondere keine Einflussnahmemöglichkeit auf die Angebote mehrerer Bieter besteht.

- 8.3 Der Auftraggeber behält sich die Kontaktaufnahme zum Mehrfachbeteiligten (auch Nachunternehmer) zum Zweck der Prüfung oder Abforderung entsprechender Versicherungen vor.

9. Haftungsausschluss

Der Auftraggeber haftet für unvollständige bzw. unrichtige Angaben in den Vergabeunterlagen nur im Falle von Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit.

10. Vertraulichkeit und Geheimhaltung

- 10.1 Auftraggeber und Bieter verpflichten sich, im Rahmen des Vergabeverfahrens erlangte Informationen – auch nach Beendigung des Vergabeverfahrens – streng vertraulich zu behandeln. Hierzu sind auch durch jeden mit der Erstellung bzw. Auswertung des Angebots beschäftigten Mitarbeiter oder hiermit beauftragte Dritte sowie etwaige durch den Bieter einbezogenen Nachunternehmer und Lieferanten zu verpflichten.
- 10.2 Die vom Auftraggeber dem Bieter überlassenen Vergabeunterlagen dürfen ausschließlich zur Erstellung des Angebots bzw. im Auftragsfall zur Leistungserbringung verwendet werden. Jede Verwendung für andere Zwecke, Veröffentlichung und/oder Weitergabe an Dritte, auch auszugsweise, bedarf der schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers.
- 10.3 Die Namen der Bieter, die sich an dem Vergabeverfahren beteiligen, werden vom Auftraggeber vertraulich behandelt. Die eingereichten Angebote einschließlich der Anlagen werden auch nach Abschluss des Vergabeverfahrens sorgfältig verwahrt und vertraulich behandelt.

11. Datenschutz (Informationen nach Art. 13, 14 und 21 DSGVO)

- 11.1 Verantwortlicher im Sinne des Datenschutzrechts ist der Auftraggeber im Sinne der besonderen Bewerbungsbedingungen.

11.2 Im Rahmen dieses Vergabeverfahrens werden die nachfolgenden Daten von den Bietern verarbeitet:

- Persönliche Kontaktdaten und Namen von Bietern, soweit es sich um natürliche Personen oder Personengesellschaften handelt, und Kontaktdaten von Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern der Bieter (z. B. Vorname und Nachname, Adresse, E-Mail-Adresse, Telefonnummer).
- Daten zur Qualifikation und Eignung der vom Bieter eingesetzten Beschäftigten und Referenzen über in der Vergangenheit vom Bieter ausgeführte vergleichbare Leistungen (nebst persönlicher Kontaktdaten der Ansprechpartner). Die Bieter müssen jeweils vor der Benennung sicherstellen, dass die Ansprechpartner in die Weitergabe der persönlichen Kontaktdaten und die Angabe der Referenzen eingewilligt haben.

Diese Daten werden im Rahmen des Vergabeverfahrens dokumentiert und dem Vergabevermerk beigelegt.

11.3 Der Auftraggeber hat bei der Vergabe öffentlicher Aufträge die vergaberechtlichen Bestimmungen zu beachten. Dazu gehören insbesondere das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), die Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV), Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB/A), die Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL/A) bzw. die Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) sowie die jeweiligen vergaberechtlichen Bestimmungen des Landes- und des Haushaltsrechts.

Die Daten werden gestützt auf folgende Rechtsgrundlagen verarbeitet:

- Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. c) DSGVO i. V. m. § 97 Abs. 1 GWB und §§ 122 ff. GWB (bzw. i. V. m. den entsprechenden landes- oder haushaltsrechtlichen Bestimmungen)
- Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. e) DSGVO i. V. m. § 97 Abs. 1 GWB und §§ 122 ff. GWB (bzw. i. V. m. den entsprechenden landes- oder haushaltsrechtlichen Bestimmungen).
- Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. f) DSGVO

11.4 Alle personenbezogenen Daten, die im Rahmen der gesetzlichen Verpflichtungen verarbeitet werden, werden nur dann weitergegeben, wenn die Übermittlung dieser Daten gesetzlich zulässig ist oder die Bieter in die Übermittlung der Daten eingewilligt haben:

- Weitergabe von Daten an öffentliche Stellen oder Institutionen (Behörden, zum Beispiel im Rahmen einer Strafverfolgung) bei Vorliegen einer rechtlichen Verpflichtung.
- Weitergabe von Daten an die entsprechende Behörde bei Einholung einer Auskunft aus dem Gewerbezentralregister (bzw. Wettbewerbsregister).
- Weitergabe von Daten an die unterlegenen Bieter, die (soweit erforderlich) einen Antrag auf die Unterrichtung über die Merkmale und Vorteile des erfolgreichen Angebotes sowie den Namen des erfolgreichen Bieters gestellt haben.
- Soweit bei bestimmten Verfahrensarten ein vergaberechtliches Erfordernis besteht, wird für die Dauer von drei Monaten über den vergebenen Auftrag auf der Internetseite des Auftraggebers informiert.
- Weitergabe von Daten an die Vergabenachprüfstelle im Sinne dieser besonderen Bewerbungsbedingungen zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabebestimmungen sowie an die zuständigen Gerichte im Falle von sofortigen Beschwerden oder Klagen.
- Weitergabe von Daten an vom Auftraggeber eingesetzte Auftragsverarbeiter (z. B. im Bereich der Beratungs-, IT- oder Druckdienstleistungen), die die Daten der Bieter weisungsgebunden für ihn verarbeiten. Wenn der Auftraggeber für die Erfüllung seiner Aufgaben ein Unternehmen beauftragt, beachtet er stets die datenschutzrechtlichen Bestimmungen. Eine Weitergabe der Daten der Bieter erfolgt insbesondere nur nach dem Abschluss von Verträgen zur Auftragsverarbeitung (Art. 28 DSGVO).
- Wenn es für die Durchführung des Vertrages mit dem späteren Auftragnehmer erforderlich ist, gibt der Auftraggeber dessen Daten beispielsweise an Banken oder Versanddienstleister weiter.

- 11.5 Für die Verarbeitung und Speicherung der personenbezogenen Daten der Bieter gelten grundsätzlich die (landes-)rechtlichen Aufbewahrungsfristen für Vergabeunterlagen.

Darüber hinaus unterliegen der Auftraggeber weiteren Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten, die sich unter anderem aus dem Handelsgesetzbuch oder dem Steuerrecht ergeben. Soweit gesetzliche Aufbewahrungspflichten bestehen, werden die betreffenden personenbezogenen Daten für die Dauer der Aufbewahrungspflicht gespeichert. Die Speicherdauer richtet sich zudem nach den gesetzlichen Verjährungsfristen, die zum Beispiel nach den §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) in der Regel drei Jahre, in gewissen Fällen aber auch bis zu dreißig Jahre betragen können. Nach Ablauf der Aufbewahrungspflicht wird geprüft, ob eine weitere Erforderlichkeit für die Verarbeitung vorliegt. Liegt eine Erforderlichkeit nicht mehr vor, werden die Daten gelöscht.

- 11.6 Die personenbezogenen Daten der Bieter werden grundsätzlich nur in Rechenzentren der Bundesrepublik Deutschland oder der Europäischen Union verarbeitet. Eine Übermittlung in ein Drittland kommt nur dann in Frage, wenn der Bieter dem Auftraggeber seine Einwilligung erteilt hat oder wenn der Auftraggeber einen Vertrag zur Auftragsverarbeitung gemäß Art. 28 DSGVO unter Berücksichtigung der Standardvertragsklauseln der Europäischen Union oder anderen geeigneten Garantien abgeschlossen hat.

- 11.7 Den Bietern stehen die nachfolgenden Rechte aus der DSGVO zu:

- Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO): Die Bieter haben das Recht auf Auskunft zur Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten.
- Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO): Die Bieter haben das Recht auf Berichtigung unrichtiger personenbezogener Daten. Unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung haben sie das Recht, die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten – auch mittels einer ergänzenden Erklärung – zu verlangen.
- Recht auf Löschung / Recht auf „Vergessenwerden“ (Art. 17 DSGVO): Die Bieter haben das Recht auf Löschung personenbezogener Daten, insbesondere wenn

die Daten für die Zwecke, für die sie verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig sind oder sie eine Einwilligung widerrufen haben.

- **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung / Sperrung (Art. 18 DSGVO):** Die Bieter haben das Recht auf Einschränkung, insbesondere wenn die Richtigkeit der personenbezogenen Daten von den Bietern bestritten wird, und zwar für eine Dauer, die es dem Auftraggeber ermöglicht, die Richtigkeit der personenbezogenen Daten zu überprüfen.
- **Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO):** Die Bieter haben das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten, die sie dem Auftraggeber bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten, und das Recht, diese Daten einem anderen Verantwortlichen ohne Behinderung durch den Auftraggeber zu übermitteln, sofern die Verarbeitung auf einer Einwilligung oder auf einem Vertrag beruht und die Verarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren erfolgt.
- **Recht auf Widerspruch (Art. 21 DSGVO):** Die Bieter haben das Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten, insbesondere bei einer Verarbeitung zur Betreibung von Direktwerbung. Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. f DSGVO (Datenverarbeitung auf der Grundlage einer Interessenabwägung) erfolgt, Widerspruch einzulegen.
- **Automatisierte Entscheidungen im Einzelfall einschließlich Profiling (Art. 22 DSGVO):** Die Bieter haben das Recht, nicht einer ausschließlich auf einer automatisierten Verarbeitung – einschließlich Profiling – beruhenden Entscheidung unterworfen zu werden, die ihnen gegenüber rechtliche Wirkung entfaltet oder sie in ähnlicher Weise erheblich beeinträchtigt. Dies gilt nicht, wenn die Entscheidung für den Abschluss oder die Erfüllung eines Vertrags erforderlich ist, aufgrund von gesetzlichen Vorschriften zulässig ist und diese Vorschriften angemessene Maßnahmen zur Wahrung ihrer Rechte und Freiheiten sowie ihrer berechtigten Interessen enthalten oder mit ihrer ausdrücklichen Einwilligung erfolgt.

- Beschwerderecht (Art. 77 DSGVO): Die Bieter haben das Recht, sich über die Verarbeitung personenbezogener Daten durch den Auftraggeber bei einer Aufsichtsbehörde für den Datenschutz zu beschweren. Eine Liste der Landesdatenschutzbeauftragten sowie ihrer Kontaktdaten können unter diesem [Link](#) abgerufen werden.
- 11.8 Die Bereitstellung personenbezogener Daten ist gemäß Art. 13 Abs. 2 lit. e) DSGVO regelmäßig für die Anbahnung, den Abschluss, die Abwicklung und Rückabwicklung eines Vertrages erforderlich. Für den Fall, dass Bieter die erforderlichen personenbezogenen Daten nicht bereitstellen, ist dem Auftraggeber ein Abschluss und eine Erfüllung eines Vertrages mit ihnen nicht möglich.